

6. September 2017

**Postulat**

von Martin Götzl (SVP)  
und Stephan Iten (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass in den Polizeimeldungen und der öffentlichen Kommunikation der Stadtpolizei immer die Angabe über die Nationalität von Straftätern/-innen genannt wird. Im Zuge der geplanten Einbürgerungsaktion der Stadt Zürich sind 40'000 Ausländer/-innen brieflich eingeladen worden, sich vor der Verschärfung der Einbürgerungskriterien um einen Schweizer Pass zu bemühen. Es sollen künftig zu den bereits bestehenden Angaben zusätzlich die Herkunft sowie die Nationalität genannt werden, sofern diese Personen während weniger als zehn Jahre das Schweizer Bürgerrecht besitzt.

**Begründung:**

Die mit Postulat 2015/137 im Jahre 2015 und einer bevorstehenden Weisung eingeführte Nichtnennung von Nationalitäten der Straftätern/-innen ist eine Farce und eine Zensur. Aktuelle Polizeimeldungen der Stadtpolizei Zürich entbehren nebst Informationen zum Strafbestand jeweils vor allem Angaben zur Täterschaft. Die Stadtpolizei Zürich hat dies als erstes Polizeikorps schweizweit eingeführt. Das vermeintliche Ziel der Initianten, ausländische Straftäter/-innen mit Zensur zu schützen, wurde nicht erfüllt. Insbesondere in den sozialen Medien ist ersichtlich, dass die neutral abgefassten Polizeimeldungen der Stadtpolizei sehr häufig Spekulationen hervorrufen, weil diese aktuell nicht vollumfänglich transparent informieren.

Anlässlich einer Fernsehausstrahlung im Rahmen der Sendung «Aktenzeichen XY ungelöst» vom 09. August 2017 hat sich gar gezeigt, dass die staatliche Zensur mit Verschweigung der Nationalität Fahndungserfolge verhindert. Die öffentliche Empörung über die Zensur vom ZDF war enorm.

Mit einer transparenten und wahrheitsgetreuen Berichterstattung der Polizei soll dies künftig vermieden und die Bevölkerung realitätsgetreu informiert werden. Auch der Polizeibeamtenverband der Stadt Zürich befürwortet die Nennung der Nationalität.

